

„Schwache Staatlichkeit als globale Herausforderung“

Entwicklungshilfe als eine Form der Reaktion starker Staaten auf die Folgen schwacher Staatlichkeit – Förderung oder Verhinderung eigenständiger Regeneration?

Dorothea E. Müller

Die Anzahl der Piratenüberfälle hat sich im zweiten Quartal 2009 bereits um ein Drittel erhöht, so meldet ein Report der Internationalen Handelskammer. Im Mai dieses Jahres bezeichnete US Präsident Obama den jüngsten Atomtest in Nordkorea als „Bedrohung für den internationalen Frieden“. In Zentralafrika erleichtert die Schwäche staatlicher Strukturen seit Jahren die Ausbreitung von Konflikten über Landesgrenzen hinweg. ...

Die Probleme, die aus schwacher Staatlichkeit folgen, sind keineswegs lokal begrenzt. Im Gegenteil stellen sie einen Angriff auf die globale Sicherheit dar und sind somit eine Herausforderung für die Außen- und Sicherheitspolitik weltweit. Hierbei sind von Seiten der starken Staaten Europas verschiedene Antworten auf diese Herausforderung zu beobachten, von denen eine Entwicklungshilfe heißt. Ist diese Unterstützung als Antwort starker Staaten jedoch eine tatsächliche Förderung oder verhindert sie eher die eigenständige Regeneration staatlicher Leistungsfähigkeit?

Selbstverständlich stellen Hilfeleistungen, in Form von Geldern oder andersartigen Maßnahmen, eine Unterstützung für schwache Staaten dar. So vergrößert sich z.B. der Staatshaushalt und der Staat verfügt über mehr Mittel. Diese könnten eingesetzt werden, um die Wohlfahrt der Menschen im jeweiligen Staatsgebiet zu erhöhen sowie die Sicherheit im Land herzustellen, folglich die Staatlichkeit zu stabilisieren. Zum einen jedoch gelangen Hilfgelder größtenteils in die falschen Hände und an die falschen Stellen. Es erweist sich als massives Problem, dass zum Teil der direkte Ansprech- bzw. Verhandlungspartner fehlt oder auf beiden Seiten Unklarheit über die jeweiligen Intentionen herrscht. So kommt es zum anderen dazu, dass Gelder oftmals an den falschen Stellen eingesetzt werden. Ein Großteil fließt in das Militär, die Verwaltung und die Förderung von Politikern. Viel weniger z.T. gar nichts wird aufgewandt, um die eigenständige Entwicklung voranzutreiben bzw. nachhaltig zu fördern. An vielen Stellen werden die eigenen Entwicklungsaufgaben hinten angestellt beziehungsweise vernachlässigt. In Uganda beispielsweise, so stellte Andrew Mwenda heraus, macht die Entwicklungshilfe ca. 50 Prozent des Staatshaushaltes aus. Ohne die Entwicklungshilfe, so wird gemeinhin angenommen, wäre Uganda nicht in der Lage zum Beispiel die Bereiche Bildung und Gesundheit abzudecken. Allerdings machen jährlich ca. 50 Prozent der Staatsausgaben die Gelder für Militär und Verwaltung aus, beziehungsweise gehen durch Korruption verloren. Afrikanische Regierungen haben gemeinhin kein Interesse daran, sich den eigenen Entwicklungsaufgaben zuzuwenden beispielsweise Sozialausgaben mit einzubeziehen, da sie nicht darauf angewiesen sind. Sie müssen nicht darauf hören, dass für die Bevölkerung

Investitionen in den Sektoren Gesundheit und Bildung notwendig sind, da diese anfallenden Kosten durch die Entwicklungshilfe allemal abgedeckt werden können.

Zu oft subventioniert Entwicklungshilfe also korrupte und inkompetente Regierungen. Diese Form der Unterstützung vermittelt eine falsche Botschaft, bietet falsche Anreize. Aufgrund des Kapitals, das als Entwicklungshilfe fließt, entsteht eine Abhängigkeit zum Beispiel der afrikanischen Staaten. Zahlreiche afrikanische Wissenschaftler forschen bereits nach dem Grund für die schwache Staatlichkeit und das Elend. Für sie heißt die Lösung oftmals nicht Entwicklungshilfe, sondern mehr Rechtssicherheit und politische und wirtschaftliche Freiheit. Viele der Regime in Afrika wurden durch Entwicklungshilfe vor dem Kollaps bewahrt, so wurde herausgefunden. Hierdurch wurden jedoch die Demokratie und die Verantwortlichkeit der Regierung eher untergraben als unterstützt, da die größtenteils korrupten Regierungen mit ihrer Finanzwirtschaft fortfahren konnten. Eine wesentlich bessere Antwort auf die Symptome schwacher Staatlichkeit würde somit Maßnahmen mit einbeziehen, welche die jeweiligen Regierungen dazu anhielten beispielsweise mit dem Bereich der Steuerpolitik verantwortungsbewusster umzugehen. Dadurch könnte die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe abnehmen, würde sich nach und nach ein eigenständiges System entwickeln, auf die jeweiligen Verhältnisse zugeschnitten. Indem sie die Entwicklungshilfe zur Deckung ihres Haushaltes benötigen, beziehungsweise regelrecht einplanen können, werden sie nie dazu angehalten Veränderungen vorzunehmen. Gleichzeitig bleiben sie somit auch stets in der Abhängigkeit von Gebern. Ziel sollte es jedoch vielmehr sein, eine eigenständig starke Staatlichkeit zu fördern, anstatt stets neue Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen. Der Staat müsste stark aus sich heraus sein können, nicht nur, wenn die notwendige Unterstützung vorhanden ist.

Diese Abhängigkeit wird nicht nur im Bereich der finanziellen Unterstützung aufrecht erhalten. Ebenso mangelt es an genügend ausgebildetem Fachpersonal, das beispielsweise in den Bereichen der Wohlfahrts- und Sicherheitsförderung aktiv werden könnte. Die meisten Sektoren, die Bevölkerungen betreffend, werden von Entwicklungshelfern abgedeckt, zumindest tatkräftig unterstützt. Sie bringen die Ausbildung, das Wissen bereits mit, können Richtungen vorgeben und die notwendigen Handlungen einleiten oder selbst durchführen. Dies stellt jedoch keine Anforderungen an die betreffenden Regierungen. Der Staat muss sich nicht um die Ausbildung und Bereitstellung von Fachpersonal bemühen, wenn dieses bereits zahlreich vorhanden ist.

Sicherlich, Entwicklungshilfe, ob durch finanzielle oder andersartige Unterstützung, kann Regeneration fördern, helfen Sicherheit und Wohlfahrt wieder herzustellen. Allerdings bleibt dabei die Frage bestehen, ob es sich bei der daraus resultierenden Entwicklung dann um eine eigenständige handelt. Meiner Ansicht zufolge ist diese dann stets mit den Vorstellungen und Interessen der Geber verbunden. Es handelt sich dabei für mich um eine Entwicklung in die Richtung der Geber, dabei wäre es von Nöten und wertvoll, ein individuelles Vorankommen zu erreichen. Nur so könnte es auch sicher gestellt werden, dass den speziellen Bedingungen in den jeweiligen Staaten Rechnung getragen wird. Außerhalb ist oftmals eine falsche Sicht über die

Gegebenheiten und die spezielle Situation vorherrschend, beziehungsweise werden die meisten Dinge aus der eigenen, bekannten Perspektive bewertet. Meines Erachtens sollte es vielmehr um die Unterstützung der individuellen Entwicklung gehen, die auf die Situation in den betreffenden Staaten zugeschnitten ist.

Bis jetzt schien die Antwort auf die Probleme, die aus schwacher Staatlichkeit folgen, stets zu sein, dass die Entwicklungshilfe noch nicht groß genug gewesen ist. Allerdings hat sich die Situation auch mit größer werdender Unterstützung wenig verändert. Die Resultate, die mit der großen Förderung erzielt werden sollten, scheinen auszubleiben. Demnach sollte nun auf Seiten der starken Staaten damit begonnen werden, nach einer Förderungsmethode zu suchen, welche weniger Abhängigkeit und Entwicklung nach den eigenen und bekannten Standards zur Folge hat, beziehungsweise in der Hand korrupter Regierungen versandet oder diese unterstützt, als wirklich eigenständige Regeneration und Stärke fördert. Ziel dabei sollte ein politisches System sein, das Korruption entgegenwirkt und wirkliche Sicherheit und Wohlfahrt in den jeweiligen Staaten fördert. Nur so kann auch nachhaltig die globale Sicherheit gestärkt und gefestigt werden. Dieses kann jedoch nicht von außen aufgesetzt werden, sondern muss im Interesse und Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Staat entstehen.

Literatur:

<http://www.dmkn.de/1779/presse.nsf/7ad740b5cbd8e270412569490057e330/276ed54b74c451fdc12575f600316697!OpenDocument>, ICC International Maritime Bureau (10.10.2009)

<http://www.welt.de/politik/article3798119/Obama-nennt-Atomtest-Bedrohung-fuer-Weltfrieden.html>, Die Welt (10.10.2009)

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2006-41/artikel-2006-41-sehnsucht-nach-der-kolonialzeit.html>, Die Weltwoche (11.10.2009)

<http://www.cato.org/pubs/fpbriefs/fpb88.pdf>, Andrew Mwenda (11.10.2009)